

Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter
Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden
Band: 94 (2019)

Artikel: Mein Politikjahr : auf die Plätze, fertig und (wieder) los...
Autor: Ulrich, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-813551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mein Politikjahr

Auf die Plätze, fertig und (wieder) los ...

«Baden ist. Baustelle» – im Juni 2018 lärmen in der Stadt die Maschinen. Das Kurtheater ist eingerüstet – die Sanierung und Erweiterung hat nach jahrelangen Verzögerungen durch Einsprachen begonnen; das Projekt kostet 34 Millionen Franken.

Im Bäderquartier reissen die Bagger das alte Thermalbad weg, damit das neue von Mario Botta in die Höhe wachsen kann. Eine private Stiftung verbaut hier 150 Millionen Franken für ein Bad und eine Rehabilitationsklinik im ehemaligen Badehotel Verenahof. Die Planung hat etwa zehn Jahre gedauert. Archäologische und denkmalpflegerische Abklärungen brauchten viel Zeit.

Auch die Ländliwiese ist eine Baustelle. Hier entsteht ein Schulhaus für die Bezirksschüler. Allerdings nur ein provisorisches, denn nach den Sommerferien beginnt in der Burghalde der Bau des Oberstufenzentrums. Es ist ein Jahrhundertprojekt, das 110 Millionen Franken kostet. Hier dauerte die Planung über sieben Jahre, also unglaublich lang. Bis zum Spatenstich brauchte es unzählige Berichte zur Schulraumplanung. Und die finanzpolitischen Diskussionen zum Oberstufenzentrum füllten Abende.

Baden holt mit Thermalbad, Kurtheater und Schulhaus Burghalde einen Baurückstand auf, der sich über viele Jahre aufgestaut hatte. Die Erneuerung ist für Baden wichtig. Baulich gesehen, denkt sich die Stadt im Jahr 2017/18 neu.

Politisch hingegen passiert nicht viel Neues. Baden kehrt mehr oder weniger zurück zum Normalzustand. Seit Anfang 2018 hat die Stadt wieder einen bürgerlichen Stadtammann. Und die Mehrheit des Stadtrates ist ebenfalls bürgerlich. Im Einwohnerrat haben sich die Kräfteverhältnisse nicht verändert. Auch hier sieht man ein Übergewicht der Bürgerlichen.



Stadthaus Baden, 24.9.2017, 16.40 Uhr: Stadtmann Geri Müller hat soeben erfahren, dass er als Überzähliger aus dem Stadtrat ausscheidet. Damit verliert er auch sein Amt als Stadtmann. Bild: Alex Spichale, Baden.

Zurück zu den gewohnten politischen Verhältnissen

Gesamtschweizerisch ist ein klarer Trend zu links-grünen Mehrheiten in städtischen Exekutiven und Legislativen festzustellen. Baden verweigerte sich diesem Trend bei den Stadtrats- und Einwohnerratswahlen im September 2017. Bei der Wahl in den Einwohnerrat verfehlte die SP ihr Ziel, stärkste Fraktion zu werden. Zu den Gewinnern gehörten FDP (+1), Grüne (+1) und die GLP (+2), zu den Verlierern die SVP (-2), die CVP (-1) und das Team Baden (-1). Im Rat resultierte damit eine marginale Verschiebung hin zur Mitte.

Das Stimmvolk wollte im Einwohnerrat also praktisch keine Veränderung. Was den Stadtrat betraf, war es ein bisschen risikofreudiger. Es wählte die parteilose und politisch unerfahrene Sandra Kohler in den Stadtrat. Sie holte 17 Stimmen mehr als Karin Bächli von der SP, die mit ihrer langen politischen Erfahrung als Favoritin gegolten hatte. Beim Stadtammann setzte das Volk allerdings wieder auf Nummer sicher und wählte den bisherigen Vizeammann Markus Schneider (CVP).

Das deutlichste Zeichen setzte das Stimmvolk bei Geri Müller. Der amtierende Stadtammann erlebte am 24. September 2017 den Tiefpunkt seiner politischen Laufbahn. Er musste vom Stadtschreiber erfahren, dass er bei der Wahl in den Stadtrat zwar das absolute Mehr geschafft hatte, aber als Überzähliger ausgeschieden war. Zehn Kandidatinnen und Kandidaten waren im Rennen. Geri Müller kam nur auf den zweitletzten Platz. Damit war klar: Müller konnte auch nicht mehr als Stadtammann kandidieren. So war der Weg frei für Vizeammann Markus Schneider, der sich im zweiten Wahlgang gegen Erich Obrist (parteilos) und Sandra Kohler durchsetzte.

Das Volk wählte Geri Müller ab wegen Nacktselfies, die er aus dem Stadthaus an eine Chat-Partnerin geschickt hatte. Die Zeitung *Schweiz am Wochenende* hatte diese Geschichte 2014 publik gemacht. Aber schnell wurde klar: Es war keine Affäre Geri Müller, sondern eine Medienaffäre. Denn es handelte sich um eine private Angelegenheit, die nicht hätte publik werden dürfen. Dies entschied der Presserat, das Ethikorgan der Schweizer Zeitungen.

Aber «Gerigate» war nicht aus den Köpfen der Bevölkerung zu kriegen. Die Affäre kostete Geri Müller das Amt als Stadtrat und Stadtammann. Da nützte es auch nichts mehr, dass die AZ Medien und Geri Müller im Januar 2018 einen Vergleich schlossen. Das Medienhaus bedauerte den Medienwirbel und Geri Müller zog die Anzeige gegen den Chefredaktor zurück. Welche Gegenleistung die AZ erbrachte, ist nicht bekannt. Es kann sich aber nur um eine Geldzahlung gehandelt haben.

Gerü Müller, der linke Stadtammann, war weg, der Stadtrat wieder bürgerlich, der Einwohnerrat praktisch unverändert – mit Beginn des Jahres 2018 herrschten in Baden in etwa wieder die gleichen Kräfteverhältnisse wie vor der Ära Gerü Müller und seiner links-grünen Mehrheit im Stadtrat. Das führte auch dazu, dass die Diskussionen im Einwohnerrat abkühlten, denn die bürgerliche Mehrheit hatte die Zielscheibe Gerü Müller verloren.

Giftige und chaotische Finanzdiskussion im Rat

Zuvor, im Oktober 2017, hatte es aber im Einwohnerrat noch einen Tiefpunkt gegeben. Bei der Budgetdebatte 18 – mit Gerü Müller, zwar schon abgewählt, aber noch im Amt – lancierten die Bürgerlichen ein Sperrfeuer von Sparanträgen. Diese waren nicht mit der linken Ratsseite vorbesprochen. Die Diskussion war giftig, am Schluss kamen fast alle Anträge durch, so sollte zum Beispiel die Abteilung Entwicklungsplanung halbiert werden.

Die Spitzen der Verwaltung wohnten dieser Sitzung bei und trauten ihren Ohren nicht. Sie überlegten sich, als Zeichen des Protests den Saal zu verlassen, verzichteten aber in letzter Sekunde darauf. Ein solches Sitzungschaos hatte es in Baden noch nie gegeben. Am zweiten Sitzungstag dann die spektakuläre Wende. Die Bürgerlichen nahmen praktisch alle Sparanträge zurück. Im Gegenzug stimmte die Linke für ein Budget ohne Steuererhöhung. Der Rat einigte sich darauf, eine Spezialkommission einzusetzen. Diese hatte den Auftrag, Spar- und Entlastungsvorschläge von 1,5 Millionen Franken auszuarbeiten. Im Mai 2018 teilte die Kommission mit, dass sie den Betrag zusammenkratzen konnte. Und sie betonte, die Gespräche seien sehr konstruktiv verlaufen. Es war ein Lichtblick nach den Chaostagen im Oktober.

Baden im Frühsommer 2018: Es baut sich neu und hat sich politisch «normalisiert». Die Stadt kann nach einer Zeit der Blockaden wieder nach vorn schauen. Doch wertvolle Zeit ist verloren gegangen, zum Beispiel beim Thema Fusionen. Während Städte wie Zofingen, Brugg und Aarau Fusionsprojekte vorantreiben und auch schon abgeschlossen haben, läuft in Baden nichts. Nach dem zufälligen Nein der Badener zur Fusion mit Neuenhof im Jahr 2010 und den Wirren rund um Gerü Müller waren die Nachbarn auf Distanz gegangen.

Im Frühling 2018 kam aber vom Gemeindeammann von Turgi die Ansage, er wolle mit Baden fusionieren. Auch Ennetbaden streckte zaghaft wieder die Fühler aus. Der Stadtrat nahm den Ball auf, sehr diplomatisch allerdings, und schrieb in seine Legislaturziele, er wolle mit den Gemeinden der Region «ein gemeinsames Verständnis für die Stärkung des funktionalen Raums entwickeln».